



Demo Der Stimmlosen 2013

In 15 europäischen Ländern dürfen alle ImmigrantInnen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Staatsbürgerschaft wählen. In Deutschland, Italien und Österreich, Länder mit gemeinsamer rechter Vergangenheit, dürfen ImmigrantInnen nicht-europäischer Herkunft weder wählen noch gewählt werden. Während in Deutschland EU-Bürger seit 1994 ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben nach 5 Jahren Aufenthalt bei Kommunalwahlen teilnehmen können, sind ImmigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern, die seit Generationen hier leben, von jeglicher politischer Partizipation ausgeschlossen. Wir weisen alle Organisationen und Parteien, die sich für kommunales Wahlrecht für alle ImmigrantInnen einsetzen, darauf hin, daß wir mit nur einem kommunalem Wahlrecht weiterhin von wichtigen politischen Entscheidungen, wie Volksentscheid und Volksbegehren, ausgeschlossen sind und weiter bleiben werden.

Deshalb fordern wir :

- **Dass die Parteien sich nicht nur mit Lippenbekenntnissen begnügen, sondern öffentlichkeitswirksame Kampagnen machen und diese Forderung auf ihren Wahlplakaten tragen**
- **Die Einführung des Wahlrechts für alle BürgerInnen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und Herkunft, sowie es in 15 europäischen Ländern der Fall ist**

Auf der einen Seite wird den ImmigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern jegliches Wahlrecht vorenthalten und auf der anderen Seite die Erlangung der Staatsbürgerschaft durch Hürden erschwert, wie die entwürdigenden Staatsbürgerschaftstests, Sprachtests und die Abhängigkeitsmachung der Staatsbürgerschaft vom Einkommen, in einer Zeit, wo es Massenarbeitslosigkeit und niedrige Löhne vorherrschen, von der die ImmigrantInnen in erster Linie betroffen sind. Die ImmigrantInnen werden für die fehlgeschlagene Politik der Parteien doppelt bestraft. Erst verlieren sie ihre Arbeitsplätze und bekommen als ImmigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt schwer einen neuen vermittelt. Dann enthält man ihnen aufgrunddessen die Staatsbürgerschaft und somit ihre Staatsbürgerschaftsrechte vor. Als Endergebnis gibt es immer noch Millionen von ImmigrantInnen in Deutschland, die von jeglicher politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind, obwohl sie seit Generationen hier leben. Es gibt Menschen, die hier geboren sind und bereits 30- 40 Jahre, sogar älter sind, die aber nicht wissen, was wählen heißt und wie eine Wahlzettel aussieht. Es gibt in Deutschland demokratiefreie Zonen in Bezirken, wo die ImmigrantInnen die überwiegende Mehrheit der EinwohnerInnen bilden. Desweiteren, während man ImmigrantInnen aus bestimmten Ländern oder jungen Menschen bis 18 Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft zuerkennt, werden wieder anderen die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt. Wir solidarisieren uns mit den Flüchtlingen und unterstützen ihre Forderungen. Wir nehmen deren Kampf uns als Beispiel.

Deshalb fordern wir :

- **Einführung der 6-Stundenwoche, Recht auf Arbeit, Wohnraum und Ausbildung**
- **Verbindliche Mindestlöhne auf allen Bereichen**
- **Die Aufhebung der entwürdigenden Hürden und die Erleichterung der Staatsbürgerschaft**
- **Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für alle**
- **Abschaffung der Residenzpflicht und Essenmarkenausgabe, Bleiberecht für alle**

All zu sehr wir argumentiert, dass sich mit Wahlrecht sich in diesem Land nichts viel ändern wird. Oder was es für einen Sinn hat, in einer Zeit Wahlrecht zu fordern, wo viele so wieso nicht zur Wahl gehen. Wir möchten die Wichtigkeit des Wahlrechts für ImmigrantInnen anhand von Saudi-Arabien verdeutlichen, wo die Frauen genauso wie ImmigrantInnen in Deutschland von jeglicher politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Es geht nicht darum,

dass sich in Saudi-Arabien was verändert, wenn Frauen Wahlrecht haben, sondern, dass Frauen erniedrigt werden, wenn sie von jeglicher politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind und dass sie sich dies bewusst werden und aufstehen und für ihre Rechte kämpfen. Nach unserer Schätzung sind die ImmigrantInnen in Deutschland nach Frauen in Saudi-Arabien die zweit grösste Menschenmasse auf der Erde, die jeglicher politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind.

Dass Menschen, die hier leben, auch mitentscheiden können, kann nur ein Gewinn für die Gesellschaft sein. Die etablierten Parteien und die Eliten haben aber grossen Schrecken vor Stimmverlusten, da sie jahrzehntlang auf den strukturellen Rassismus in Deutschland basierend und ihn weiter schürend auf Kosten der ImmigrantInnen Politik gemacht haben und noch machen. Der mit der inneren Faschisierung einhergehender und geschürter Rassismus gegen ImmigrantInnen, insbesondere gegen Muslime, die Hetze gegen Harz IV Empfänger und gegen andere Gesellschaftsschichten ist zugleich ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft. Der Gesamtangriff läuft nicht nur an der Front des Sozialabbaus, sondern auch an der Front gegen ImmigrantInnen. Es gibt und gab genug bundesweite Kampagnen gegen Sozialabbau, gegen Armut etc. Es ist aber zu fragen warum es keine bundesweite Kampagnen für das Wahlrecht von Millionen von ImmigrantInnen gibt und warum es ignoriert und toleriert wird.

Deshalb rufen wir alle revolutionären und demokratischen Organisationen und alle MigrantInnenorganisationen auf, im Wahljahr 2013 eine Kampagne für die Millionen von Stimmlosen in Deutschland durchzuführen, sie mitzugestalten, mitzutragen und mit zu initiieren und zu koordinieren und bundesweite Bündnisse dafür zu bilden. Zwar gibt es da einige Kampagnen wie Unterschriftsammlung für das Wahlrecht oder für die doppelte Staatsbürgerschaft, symbolische Wahlurnen für die von der deutschen Politik Wahlrechtlos-Gemachten oder wie die LAGA in NRW. Doch wir finden sie nicht aktiv und kämpferisch genug. Es wird im Wahljahr 2013 in Berlin ein Demo der Stimmlosen geben. Die Frage ist nur, wie massenhaft sie sein wird und ob genug Solidarität und Verantwortungsbewusstsein da ist, sie auch bundesweit auszuweiten. Wir rufen alle verantwortlichen Organisationen und Vereine auf, solche Kampagnen und Demos auf ihre Tagesordnung zu bringen und zu initiieren. Es ist Zeit und überfällig, damit Deutschland auf der Landkarte von Europa nicht als das einzige Land da steht, das den ImmigrantInnen nicht-europäischer Herkunft, weiterhin das natürlichste Menschenrecht wie das Wahlrecht vorenthält.

Es wäre schön, die Kampagne nicht nur mit Wahlen zu beenden, sondern zu Ende zu führen, zu entwickeln, also bis dieses Land demokratisch genug ist, dass auch alle Menschen, die hier leben, auch mitwählen und mitentscheiden können. Es wäre möglich, die Kampagne zu traditionalisieren, d.h bei jeder Wahl in Deutschland und in jeder Wahlperiode auch eine Gegenkampagne von und für die Stimmlosen zu starten und vor jeder Wahl bundesweit Demonstrationen durchzuführen.

Jede Wahl in diesem Lande ist eine Schande für dieses Land und für die ImmigrantInnen. Jedes Wahlplakat der Parteien in den Bezirken der ImmigrantInnen ist wie eine beleidigende Fahne, die über sie weht. Integrationskurse unter diesen Bedingungen sind nichts anderes als Unterjochungsmassnahmen.

Es ist Zeit für die ImmigrantInnen, mit der deutschen Politik arabisch und französisch zu reden.

Aus der Geschichte sollte jede/jeder wissen:

Rechte werden nicht gegeben, sondern nur durch Kampf genommen. So wollen es die Oberen.

So ist es geboten. So soll es sein.

Also, vorwärts auf die Strassen, in die Offensive, auf die Barrikaden !

Partei Der Stimmlosen

partei-der-stimmlosen@web.de